

Montagsdemo!

Weg mit Hartz IV!

Das ist das gemeinsame Ziel der Montagsdemonstrationen, die jeden Montag in vielen Städten in Nordrhein-Westfalen und der ganzen Bundesrepublik stattfinden. Hartz IV betrifft auch und gerade diejenigen, die noch einen regulären Job haben: Wenn 5 Millionen Menschen gezwungen werden, sich für einen Euro in der Stunde zu verkaufen, gehen die Löhne und Gehälter der regulär Beschäftigten in den freien Fall über! Viele werden entlassen und durch Ein-Euro-Jobber ersetzt. Diese Entwicklung ist schon in vollem Gange!

Montagsdemo in vielen Städten, auch in Iserlohn!

Das Ziel des ausdauernden Widerstand ist die Aufklärung der Bevölkerung zu Hartz IV und zur Agenda 2010 entgegen der ständigen Heuchelei von Politiker und Presse. Man mache sich nichts vor, nur eine Minderheit in diesem Land lehnt die Ein-Euro-Jobs »(Arbeitsgelegenheiten)« entschieden ab. Die Mehrheit der Bevölkerung aber befürwortet Repressalien. Wer essen will, soll auch arbeiten, lautet die Parole. Zynischer ist nur noch die Haltung, die rot-grüne Sozialarbeiter gegenüber den Arbeitslosen einnehmen. Da kommen der Arbeitszwang als Therapie und der offene Vollzug des Ein-Euro-Dienstes geradezu als liberal daher. »Es ist entwürdigender, zu Hause zu hocken«, sagt die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt.

Denn die Reichen werden immer Reicher! Nicht umsonst zählt Deutschland zu den reichsten Ländern der Welt bei dem Prokopfeinkommen der Bevölkerung. In vielen Städten wird weiter gekämpft, bis die neoliberalen Strategien vom Tisch sind und eine sozial vertretbare Politik Wirklichkeit wird.

Das Geld ist da, aber es ist in den falschen Händen!

Wir fordern:

- **Eigenständige Lebensführung für alle statt Verarmungsprogramm**
- **Erneuerung des Sozialstaats statt sozialer Kahlschlag**
- **Kürzere Arbeitszeiten statt Arbeitslosigkeit für Millionen**
- **Bildung und Ausbildung für alle statt erhöhte Kostenbeteiligung**

Montagsdemo!

Weg mit Hartz IV!

Adresse Arbeitslosenzentrum Iserlohn

Internet: www.anti-hartz-buendnis-nrw.de

Montagsdemos in NRW: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hattingen, Herne, Herten, Höxter, Iserlohn, Köln, Leverkusen, Marl, Mülheim a.d.Ruhr, Münster, Neukirchen-Vluyn, Oberhausen, Recklinghausen, Solingen, Witten, Wuppertal, und weitere.

Graue Zeiten - Ein Job ohne Zukunft!

Die Bundesregierung preist „Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung“ als Chance für Langzeitarbeitslose. Sie werden als der wichtigste Beitrag zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und als „Wundermittel“ gegen Arbeitslosigkeit propagiert.

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus!

Ab Januar 2005 müssen ALG II-Bezieher jede „zumutbare“ Arbeit annehmen, sonst droht ihnen die Kürzung der Bezüge. Wer sich weigert bekommt die ALG II-Leistung um 30 % für drei Monate im Wiederholungsfall um 60 % gekürzt. Die Zwangsverpflichteten erhalten neben ihrem ALG II eine Mehraufwandsentschädigung von 1 Euro pro Stunde. Sie arbeiten 30 Stunden in der Woche für sechs bis neun Monate.

In der Arbeitslosenstatistik werden sie nicht mehr mitgezählt!

Diese „Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung“, sind

- keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse
- ohne Arbeitsvertrag – ohne Rechte – ohne Bezahlung bei Krankheit
- lediglich Jobs in denen nur die Arbeitsschutzgesetze Anwendung finden

Wenn die „1-Euro-Jobs“ wirklich eine Chance für Erwerbslose sein sollen, warum müssen sie dann mit Zwang durchgesetzt werden?

Diese Arbeitsgelegenheiten sind ein bewährtes Mittel für Leistungskürzungen und zum Abbau von regulären Arbeitsplätzen!

Keine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt!

In den letzten fünfzehn Jahren hat es verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie ABM, SAM, PSA usw. gegeben, die Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen sollten. *Sie sind nachweislich alle gescheitert!* Angesichts von sieben Millionen fehlenden Existenz sichernden Arbeitsplätzen bildet sich der erhoffte Brückenbau als eine weitere Luftnummer heraus.

Weder Qualifizierung noch Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit!

Für viele Betroffene ist es frustrierend, und entwürdigend zu arbeiten, ohne Job-Perspektive und mit dem Bewusstsein, sich finanziell nicht verbessert zu haben. Ihre Qualifizierung bleibt auf der Strecke, denn dafür stehen die nötigen Mittel nicht zur Verfügung. Der Begriff „gemeinnützig“ wurde durch „im öffentlichen Interesse liegend“ ersetzt.

Mehraufwandsentschädigung keine materielle Verbesserung!

Auf dem ersten Blick sind einige Arbeitslose mit dem 1-Euro-Job zufrieden, weil sie für ein paar Monate 120–180 € mehr haben. Mit dem Regelsatz kann man eben kaum über die Runden kommen. Doch die zusätzlichen 1–1,5 Euro pro Stunde dienen dazu, den tatsächlichen Mehraufwand, der für den 1-Euro-Job benötigt wird (Fahrkarten, zusätzliche Verpflegung, Reinigungskosten usw.), zu decken. Häufig haben 1-Euro-JobberInnen durch ihren Arbeitseinsatz weniger in der Geldbörse als ohne Arbeit. Soll das etwa die „Chance“ sein?

Graue Zeiten - Ein Job ohne Zukunft!

Die Bundesregierung preist „Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung“ als Chance für Langzeitarbeitslose. Sie werden als der wichtigste Beitrag zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und als „Wundermittel“ gegen Arbeitslosigkeit propagiert.

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus!

Ab Januar 2005 müssen ALG II-Bezieher jede „zumutbare“ Arbeit annehmen, sonst droht ihnen die Kürzung der Bezüge. Wer sich weigert bekommt die ALG II-Leistung um 30 % für drei Monate im Wiederholungsfall um 60 % gekürzt. Die Zwangsverpflichteten erhalten neben ihrem ALG II eine Mehraufwandsentschädigung von 1 Euro pro Stunde. Sie arbeiten 30 Stunden in der Woche für sechs bis neun Monate.

In der Arbeitslosenstatistik werden sie nicht mehr mitgezählt!

Diese „Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung“, sind

- keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse
- ohne Arbeitsvertrag – ohne Rechte – ohne Bezahlung bei Krankheit
- lediglich Jobs in denen nur die Arbeitsschutzgesetze Anwendung finden

Wenn die „1-Euro-Jobs“ wirklich eine Chance für Erwerbslose sein sollen, warum müssen sie dann mit Zwang durchgesetzt werden?

Diese Arbeitsgelegenheiten sind ein bewährtes Mittel für Leistungskürzungen und zum Abbau von regulären Arbeitsplätzen!

Keine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt!

In den letzten fünfzehn Jahren hat es verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie ABM, SAM, PSA usw. gegeben, die Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen sollten. *Sie sind nachweislich alle gescheitert!* Angesichts von sieben Millionen fehlenden Existenz sichernden Arbeitsplätzen bildet sich der erhoffte Brückenbau als eine weitere Luftnummer heraus.

Weder Qualifizierung noch Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit!

Für viele Betroffene ist es frustrierend, und entwürdigend zu arbeiten, ohne Job-Perspektive und mit dem Bewusstsein, sich finanziell nicht verbessert zu haben. Ihre Qualifizierung bleibt auf der Strecke, denn dafür stehen die nötigen Mittel nicht zur Verfügung. Der Begriff „gemeinnützig“ wurde durch „im öffentlichen Interesse liegend“ ersetzt.

Mehraufwandsentschädigung keine materielle Verbesserung!

Auf dem ersten Blick sind einige Arbeitslose mit dem 1-Euro-Job zufrieden, weil sie für ein paar Monate 120–180 € mehr haben. Mit dem Regelsatz kann man eben kaum über die Runden kommen. Doch die zusätzlichen 1–1,5 Euro pro Stunde dienen dazu, den tatsächlichen Mehraufwand, der für den 1-Euro-Job benötigt wird (Fahrkarten, zusätzliche Verpflegung, Reinigungskosten usw.), zu decken. Häufig haben 1-Euro-JobberInnen durch ihren Arbeitseinsatz weniger in der Geldbörse als ohne Arbeit. Soll das etwa die „Chance“ sein?